

14.01

Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rolle der Verwertungsgesellschaften wurde in den letzten Jahren sehr intensiv diskutiert, nicht nur von mir, sondern auch auf europäischer Ebene. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits ausführlich erklärt, was in diesem Gesetz jetzt alles geändert wird und verbessert werden soll.

Einerseits möchte ich mich bei Kollegen Zinggl bedanken, der uns heute noch aufgefordert hat, dass noch mehr Transparenz bei den Verwertungsgesellschaften hineinkommt – eine Forderung, die ich sehr gerne unterstütze, da ich auch der Meinung bin, dass das viel transparenter werden muss.

Andererseits möchte ich mich auch bei unserem Justizsprecher bedanken, weil er eine wichtige Passage im Gesetzentwurf, die mir auch von Anfang an ein Dorn im Auge war, noch verhindern konnte. Wir haben das heute mit einem Antrag noch ausgebessert. Da ist es darum gegangen – es war ein Wunsch der österreichischen Wirtschaftskammer –, dass zukünftig nicht mehr die einzelnen Interessengemeinschaften Verhandlungen führen, sondern diese nur mehr durch eine Zwangsgemeinschaft der KV-Partner auf der kunstschaftenden Seite zu führen sind und es nur mehr einen einzigen zentralen Gesamtvertrag geben sollte. Das ist jetzt Gott sei Dank verhindert worden.

Herr Minister, lassen Sie mich auch die Gelegenheit nutzen – ich war zwar als Vertretung im Ausschuss, habe das dort auch angesprochen, aber Sie waren zu diesem Zeitpunkt nicht im Ausschuss anwesend –: Wir haben letztes Jahr vor dem Sommer eine Urheberrechtsnovelle beschlossen, und ich habe damals schon gesagt, dass das nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem modernen Urheberrecht sein kann. Wir haben damals noch Verhandlungen geführt, konnten da aber leider nichts mehr erreichen. Es wurde uns damals zugesagt, dass es im Herbst weitere Verhandlungen mit dem Koalitionspartner geben soll, und zwar geht es hier um die „cessio legis“ und eben das Urhebervertragsrecht. Das ist eine Forderung nicht nur von unserer Seite, der Politik, sondern eben auch von Künstlerinnen und Künstlern, Regisseurinnen und Regisseuren, Schauspielerinnen und Schauspielern, von vielen, vielen UrheberInnen, aber es hat sich seit dem Sommer – auch im Herbst nicht – nichts getan.

Mittlerweile ist schon fast ein Jahr vergangen, und ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass es dringend notwendig ist, dass wir das jetzt endlich angehen und eine Verbesserung erreichen. Ich halte auch nichts davon, zu warten, wie

es in Deutschland ausgeht, sondern ich bin der Meinung, wir sollten das jetzt schnellstmöglich ändern. (*Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Zinggl.*)

14.04